

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - KRB/005(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag,  17.12.2009	Altes Rathaus Beimzimmer	17:00Uhr	20:30Uhr

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.11.2009

---

Über die Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2009 wird wie folgt abgestimmt:

1 Ja-Stimme  
0 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

4. Straßenbenennung "Tangermünder Straße"  
Vorlage: DS0531/09

---

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Herr Korb** legt dar, dass es sich bei der vorliegenden Drucksache um eine Neufassung der Entgeltordnung aus dem Jahr 2004 handelt. Die Neufassung ist ein Beitrag zur Haushalts-Konsolidierung. Er informiert, dass der Kulturausschuss in seiner Sitzung einen Änderungsantrag zu der Drucksache beschlossen hat. Hierbei handelt es sich um eine kostenfreie Regelung für angemeldete Schulklassen durch die Dauerausstellung sowie um ermäßigten Eintritt für Kunsterzieher.

**Herr Hoffmann** führt aus, dass Stadtführer, die mit Besuchergruppen für ca. 10 min in das Museum gehen, vollen Eintritt bezahlen müssen.

**Herr Korb** informiert, dass diese Besucher „eintrittsentgeltfrei“ in das Museum dürfen.

**Herr Herbst** spricht sich für den Änderungsantrag des Kulturausschusses aus.

**Herr Schilling** fragt nach der Refinanzierung und regt einen Sondereintritt für Familien an.

**Herr Korb** führt aus, dass kein zusätzliches Personal eingestellt wird. Die Kassierung übernimmt das Personal, welches sich im Museumsshop befindet. Versuche mit Familienkarten wurden in der Vergangenheit bereits gemacht. Diese wurden wenig angenommen, da bis zum 6. Lebensjahr der Eintritt frei ist und es bis zum 21. Lebensjahr ermäßigten Eintritt gibt.

**Frau Szydzick** hält die Anhebung im Vergleich zu anderen Städten für moderat.

**Herr Hoffmann** bittet darum, den kostenfreien Eintritt für Stadtführer in die Drucksache mit aufzunehmen.

**Herr Korb** hält diese Formulierung für problematisch. Hier handelt es sich bereits um Gewohnheitsrecht.

Im Einvernehmen mit der Verwaltung wird protokollarisch festgehalten, dass kurze Besichtigungen in Begleitung mit Stadtführern kostenfrei sind.

**Herr Haller** hat ein Problem mit dem Punkt 2 des Änderungsantrages. Dieser Punkt sollte mit in den Punkt 1 genommen werden. Er ist der Auffassung, dass die Kunstlehrer im Auftrag ihres Dienstherrn tätig sind und somit eine entsprechende Dienstreiseabrechnung einreichen können.

**Herr Herbst** legt dar, dass die Kunsterzieher nicht nur mit Schulklassen in das Museum gehen. Sie kommen auch mit kunstinteressierten Gruppen.

Abstimmungsergebnis zur Drucksache in geänderter Form:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

5.1. Neufassung der Entgeltordnung der Magdeburger Museen  
Vorlage: DS0488/09/1

---

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

6. Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung  
Vorlage: DS0489/09

---

**Frau Kuhle** führt in die Drucksache ein.

**Frau Szydzick** äußert, dass die alte Rechnungsprüfungsordnung nur teilweise formell und materiell rechtswidrig ist und nicht wie dargelegt, die gesamte Rechnungsprüfungsordnung. Sie hält es nicht für gut, die Dienstanweisung als Anlage zur Drucksache beizufügen. Es handelt sich hierbei um eine interne Dienstanweisung, welche nicht als Information für den Stadtrat gedacht ist. Die Dienstanweisung kann jederzeit geändert werden und diese Änderung wird dann nicht dem Stadtrat vorgestellt.

**Herr Platz** legt dar, dass nicht alle Punkte der alten Rechnungsprüfungsordnung in der Kontroverse waren. Es ging nur um bestimmte Punkte. Die Verwaltung hätte die Dienst-Anweisung nicht als Anlage beifügen müssen. Sie wollte den Stadtrat über das interne Handeln der Verwaltung in Kenntnis setzen. Das bürgt auch für eine gewisse Transparenz. Er schlägt vor, zukünftige Änderungen der Dienstanweisung dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung

7. Richtlinie Tagespflege nach den §§ 22 - 24 und 43 SGB VIII  
sowie §§ 6 und 11 Abs. 6 KiFöG LSA  
Vorlage: DS0103/09
- 

**Frau Orlamünder**, Amt 51, führt in die Drucksache ein. Aufgrund erheblicher gesetzlicher Änderungen seit dem Jahr 2005 machte sich eine Änderung der Drucksache erforderlich.

**Frau Aßmann**, Amt 51, erläutert ausführlich die Änderungen.

**Herr Haller** fragt nach, ob das Zutrittsrecht für das Jugendamt zwingend notwendig ist.

**Frau Aßmann** hält den Punkt für gerechtfertigt, da es bereits einen Fall gab, wo mehr Kinder vermutet wurden, als zur Pflege angemeldet waren. Hier hat die Verwaltung eine Pflicht zur Prüfung.

**Herr Hoffmann** sieht hier keine rechtlichen Bedenken, da eine Prüfung durch das Rechtsamt bereits erfolgt ist. Es gibt erhebliche Kostensteigerungen, wie können diese vielleicht minimiert werden.

**Frau Aßmann** ist der Auffassung, dass die Kostensteigerungen schon längst überfällig sind. Die Kosten für die Tagespflege (234,00 EUR/Tag) sind bedeutend preisgünstiger als Kita-Plätze.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

8. Bürgerbefragung Sozialmonitoring  
Vorlage: I0304/09
- 

**Herr Hoffmann** lehnt nach wie vor die Befragung ab. Er hält sie für Steuerverschwendung.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information I0304/09 zur Kenntnis.

9. Verwaltungskostensatzung verändern  
Vorlage: A0158/09

---

**Herr Herbst** bringt den Antrag ein. Hier geht es um eine gerechtere Bemessung.

**Herr Keller**, Amt 30, macht Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung.

**Herr Haller** informiert, dass die Arbeitsagentur Bewerbungskosten erstattet.

**Herr Platz** legt dar, dass nicht für jede Bewerbung eine amtlich beglaubigte Kopie benötigt wird.

**Herr Marske** führt aus, dass mit der Beglaubigung dem Dokument Urkundscharakter verliehen wird. Damit wird die Echtheit des Dokuments bezeugt.

**Herr Budde** ist der Auffassung, dass der Antrag von der Verwaltung etwas missverstanden wurde. Es sollte eine nochmalige Prüfung durch die Verwaltung erfolgen.

**Herr Platz** unterstützt die Ausführungen von Herrn Marske. Für Mehrausfertigungen sieht die Satzung bereits Regelungen vor. Für die erste Seite werden 3,60 verlangt und für Mehrausfertigungen 1,60 EUR.

**Herr Schilling** schlägt vor, dass erst einmal geprüft werden sollte, was überhaupt beglaubigt werden muß und spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf eine Vertagung bis zur erneuten Prüfung durch die Verwaltung.

9.1. Verwaltungskostensatzung verändern  
Vorlage: S0297/09

---

Vertagung!

10. 2. Änderungssatzung der Hundesteuersatzung  
Vorlage: DS0125/09/1

---

**Herr Tietge** bringt den Antrag ein.

**Frau Daniel**, FB 02, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Sie führt aus, dass die Beschränkung auf Bestandshunde rechtlich angreifbar ist.

**Herr Platz** ist der Meinung, dass die Regelung ab sofort gelten sollte und nicht rückwirkend.

**Herr Haller** fragt nach, wie viel Empfänger von Sozialleistungen einen Zweithund halten.

**Frau Daniel** informiert, dass das nicht genau ausgewertet werden kann. Die Anzahl ist nicht sehr hoch.

**Herr Schilling** hält die Intention für gut, hält aber die Regelung aufgrund der hohen Summe von ca. 40 TEUR für schwierig.

**Frau Daniel** schlägt vor, dass sich die Verwaltung vielleicht die gesamte Satzung nochmals anschauen sollte.

**Herr Herbst** hält das Entgegenkommen der Verwaltung für nicht gut.

**Herr Hoffmann** äußert, wer sich nicht die Steuer für den Hund leisten kann, hat auch kein Geld für Futter, etc.. Er bittet um Abstimmung und lehnt den Antrag ab.

**Herr Boeck** hält die Sache für machbar. Nicht alle angemeldeten Zweithunde gehören zu den sozialschwachen Gruppen.

**Herr Haller** spricht sich gegen den Antrag aus. Die betreffenden Personen können einen Stundungsantrag bei der Stadt stellen.

**Herr Tietge** ändert seinen Änderungsantrag dahingehend, dass der zweite Halbsatz gestrichen wird.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

10.1. 2. Änderungssatzung der Hundesteuersatzung  
Vorlage: S0304/09

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

11. "Save me" - Resettlement-Programm  
Vorlage: A0177/09

---

**Frau Sonnenburg** informiert, dass die EU beschlossen hat, 10.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Davon entfallen 2.500 auf Deutschland und 75 auf das Land Sachsen-Anhalt. Sie würde es begrüßen, wenn der Stadtrat ein Aufnahmeprogramm beschließen würde.

**Herr Hoffmann** hält die anfallenden Kosten für nicht sehr gering.

**Herr Platz** legt dar, dass die Kosten in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt sind. Zusätzlich zu den 30 zugewiesenen Flüchtlingen kann sich die Verwaltung vorstellen, zusätzlich bis zu 20 Personen aufzunehmen. Hierzu müssen die Modalitäten mit dem Innenministerium geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

11.1. "Save me" - Resettlement-Programm  
Vorlage: S0349/09

---

Der KRB-Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

12. Hinweise SolarLokal  
Vorlage: A0179/09

---

**Herr Herbst** bringt den Antrag ein.

**Herr Haller** bietet an, sich an einem Schild finanziell zu beteiligen, ist aber dagegen, dass die Stadt die Schilder bezahlt.

**Herr Platz** hält es für wichtiger, das Projekt voranzutreiben. Sollte der Antrag beschlossen werden, wird die Stadt natürlich auch die Schilder bezahlen.

**Herr Schilling** ist der Auffassung, dass die Stadt hier ein Kommunikationsproblem hat.

**Frau Szydzick** hält die Sache für eine gute Maßnahme. Die Schilderfinanzierung sollte nicht das Problem sein. Es gab in der Vergangenheit bereits einige private Initiativen.

**Herr Herbst** hält die Sache nach wie vor für eine gute Möglichkeit. Es sieht die Schilder als gute Werbung für die Stadt Magdeburg.



**Herr Platz** hält den Aussagewert des Schildes für sehr begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme  
5 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

12.1.      Hinweise SolarLokal  
              Vorlage: S0320/09

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

13.  
    - Haushaltssatzung 2010  
    - Ergebnis- und Finanzplan 2010  
    - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung  
    - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2010  
    - Stellenplan 2010  
    Vorlage: DS0529/09

---

**Herr Dr. Hartung** gibt ausführliche Informationen zur Umstellung des Haushaltes auf die Doppik.

**Herr Haller** fragt nach, wie hoch der Anteil der freiwilligen Aufgaben ist.

**Herr Platz** informiert, dass dies schwer einzuschätzen ist. Die Verwaltung unterscheidet nicht mehr nach freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

14. Interkommunale Zusammenarbeit  
Vorlage: A0125/09
- 

**Herr Haller** bringt den Antrag ein.

**Herr Platz** informiert, dass der Stadtrat jährlich in einem Bericht über den aktuellen Stand unterrichtet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

- 14.1. Interkommunale Zusammenarbeit  
Vorlage: S0319/09
- 

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

15. Verschiedenes - Bildung und Zusammensetzung einer AG zum  
Hauptstadtvertrag
- 

Der Punkt „Bildung und Zusammensetzung einer AG zum Hauptstadtvertrag“ wird auf die Sitzung des Ausschusses am 07.01.2010 vertagt.

**Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Sören Ulrich Herbst  
Vorsitzender

gez. Britta Becker  
Schriftführerin

